

Schulreformen

Die neue Hamburgerlichkeit

Der Kampf gegen die Schulreform hat in Hamburg Eltern, ganz gleich welcher sozialen Schicht und welcher Parteizugehörigkeit, zu einer bürgerlichen Volksbewegung zusammengeschweißt. Das könnte reformbegeisterten Regierungen in anderen Bundesländern ein warnendes Beispiel sein.

Von Heike Schmoll, Berlin



Unterricht an einem Gymnasium in Bremen: Keine Zeit für Experimente?

19. Juli 2010 „Die Pressekonferenz am 19. Juli um 11.00 Uhr zur Schulreform findet ohne Bürgermeister Ole von Beust statt“, lautete die knappe Mitteilung nach dem Volksentscheid an die Pressevertreter. Der Erste Bürgermeister der Stadt, von Beust, war zweifelsohne der gelehrigste Schüler seiner Schulsenatorin Christa Goetsch – er nutzte jede Gelegenheit, um Goetsch für die Verlängerung der Primarschule auf sechs Jahre zu werben.

Als das Resultat des Volksentscheids bekanntgegeben wurde, war von Beust aber schon zurückgetreten, Frau Goetsch blieb mit ihrer Enttäuschung allein. „Das Ergebnis ist bitter für alle, die ihre Hoffnungen in das längere gemeinsame Lernen gesetzt haben. Wir sind sehr enttäuscht, dass wir nicht genügend Menschen von der Primarschule überzeugen konnten“, sagte sie noch am Sonntagabend.



Enttäuscht: Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL)

Das gilt umso mehr, als der Senat immerhin 200 000 Euro aus Steuermitteln für die Werbung ausgegeben hatte, um die gesamte Stadt mit Plakaten zu pflastern. Ein Radiospot der gegnerischen Volksinitiative „Wir wollen lernen“ wurde rechtzeitig verboten.

Zu Werbeveranstaltungen zwangsverpflichtet

Einer Lehrerin, die sich während der Streitphase bewarb, wurde einen Tag vor dem Vorstellungsgespräch beim Lehrerkollegium bedeutet, dass man mit Vorbehalten gegenüber der Reform „das neue Denken nicht hinkriegt“. Wer A15 bekomme, müsse schließlich wissen, dass er das Geld dafür erhalte, die vorgegebenen Beschlüsse auszuführen. Die Schulen waren zu Werbeveranstaltungen zwangsverpflichtet worden.

Auf dem Weg zum Volksentscheid hatte die 2008 gegründete Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ gegen erheblich größeren Widerstand zu kämpfen als beim erfolgreichen Volksbegehren im November des vergangenen Jahres. Durch Spenden hatte sie in den vergangenen zwei Jahren etwa 240.000 Euro eingenommen.

Emotionaler und elektronischer Wahlkampf

Walter Scheuerl und seinen Mitkämpfern ist es gelungen, die Hamburger zu mobilisieren, auch wenn der Termin des Volksentscheids denkbar ungünstig in die Schulferienzeit fiel. Auf die Briefwähler war offensichtlich Verlass, sonst wäre wegen der schleppenden Wahlbeteiligung am Sonntag womöglich das nötige Quorum verfehlt worden.

„Wir sind aufgrund des Feedbacks auf der Straße davon überzeugt, dass wir unter denen, die abstimmen, die Mehrheit haben“, so berichtete einer der beteiligten Anwälte noch in der vergangenen Woche.

Die noch nicht in den Urlaub aufgebrochenen Mitstreiter der Initiative haben bis zuletzt gekämpft und sich elektronisch verständigt. Sie sind noch einmal auf die Märkte und in die Bahnhöfe aller Stadtteile gegangen und haben 600.000 Flugblätter verteilt. Fast die Hälfte aller Hamburger Briefkästen wurde nur durch freiwillige Helfer erreicht.

Eine bürgerliche Volksbewegung

An einem der Bahnhöfe wurde eine Mitstreiterin vom ehemaligen Hamburger Bürgermeister Dohnanyi (SPD) und seiner Frau angegangen und regelrecht angeschrien. Dohnanyi war im Unterschied zu seinem Nachfolger Henning Voscherau (SPD) für die Verlängerung der Primarschule gewesen.

Der Kampf gegen die Schulreform hat die Eltern schulpflichtiger Kinder, ganz gleich welcher sozialen Schicht und welcher Parteizugehörigkeit, zusammengeschweißt. Es ist eine bürgerliche Volksbewegung entstanden wie es sie schon lange nicht mehr gegeben hat. Getragen wurde sie von Menschen, die sich überwinden mussten, Wildfremde anzusprechen.

Der Pakt aller Parteien in der Bürgerschaft für eine Schulreform ist zumindest mit Blick auf die verlängerte Grundschulzeit seit Sonntag Makulatur. Er scheint die Motivation der Reformgegner eher noch zusätzlich angefeuert zu haben. An der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu sogenannten Stadtteilschulen, die eine Mittlere Reife, aber auch ein Abitur nach 13 Jahren vergeben können, hatten die Hamburger Eltern keine Zweifel. Sie wird durch den Volksentscheid nicht berührt und auch von Bildungsforschern für sinnvoll gehalten. Das gilt allerdings nur dann, wenn die Eltern weiterhin die Wahlfreiheit haben, die ihnen die Bürgerschaft freilich nehmen wollte. Auch das ist durch den Volksentscheid verhindert worden.

Es geht den Eltern, die gegen die sechsjährige Primarschule sind, nicht darum, dass die Kinder einer Bildungselite nicht mit Migrantenkindern gemeinsam lernen sollen. Vielmehr geht es ihnen um die Erhaltung des Gymnasiums. Ein sechsjähriger Gymnasialtorso muss ihrer Ansicht nach als Profilymnasium für Musik, Sport, Naturwissenschaften oder alte Sprachen scheitern, zumal der Lateinunterricht an die fünfte und sechste Klasse der Grundschule delegiert werden sollte. Dabei haben die Kenntnisse der Hamburger Schüler die Stärke der dortigen Gymnasien belegt; in Englisch (Hörverstehen) gehören die Hamburger zur Spitze und folgen unmittelbar auf die Bayern, wie der Bundesländervergleich der Neuntklässler vor kurzem gezeigt hat.

Schon vor den Sommerferien hatte der Senat Container aufstellen lassen, um die Abtrennung der fünften und sechsten Klassen von den Gymnasien auch räumlich zu bewältigen. Im Zweifel hätten die Containerklassen allerdings häufig hitzefrei bekommen, weil die Temperaturen im Sommer wohl unerträglich gewesen wären. Die Umbau- und Ausbaupläne für die Grundschulen müssen nun gestoppt werden. Die Kosten dafür könnten, so schlägt es die Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ vor, sinnvoller angelegt werden. Denn die Grundschulen werden nun weiter von der ersten bis vierten Klasse geführt, nur die Starterschulen mit sechs Klassen müssen entscheiden, ob sie als Schulversuch weiter unterrichten wollen.

Die neuen Stadtteilschulen werden mit der fünften Klasse beginnen, die Gymnasien ebenfalls. Das neue Hamburger Schulgesetz muss umgeschrieben werden, um die Bildungspläne wieder auf die Jahrgangsstufen fünf und sechs an den beiden weiterführenden Schulformen aufzuteilen. Die pädagogischen Inhalte des geänderten Schulgesetzes sind durch den Volksentscheid nicht berührt und erfüllen unter dem Schlagwort „neue Lernkultur“, was andere Länder auch beabsichtigen: eine „neue Lernkultur“ mit „kompetenzorientiertem individualisiertem Lernen“.



Text: F.A.Z.

Bildmaterial: dpa, picture alliance / dpa, picture-alliance/ dpa

Lesermeinungen zum Beitrag [18]

[Beitrag kommentieren](#)

Schulreform in Hamburg 19. Juli 2010, 18:31

Blankenes + Elbchaussee gewinnen.. 19. Juli 2010, 18:19

@Norbert Czech: Als gebürtiger Niederrheiner, der gestern Abend 19. Juli 2010, 18:18



© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation

Starten Sie Ihren Besuch im World Wide Web mit Netvibes und dem F.A.Z.-Universe. Kreieren Sie jetzt Ihre individuelle Netvibes-Seite!

Nach dem Volksentscheid

Diese Kritik sollte Schule machen



Die Vorzüge des längeren gemeinsamen Lernens sind empirisch nicht belegt. Im Gegenteil: Je individueller Kinder gefördert werden, desto „ungleicher“ werden sie. Den Hamburger Schülern ist ein Laborversuch erspart geblieben. *Von Regina Mönch* >

Ein bildungspolitischer Flickenteppich

So unterschiedlich lernt man in Deutschland

Bildungspolitik aus einem Guss haben auch Bundeskanzlerin Merkel und ihre Ressortministerin Schavan immer wieder angekündigt. Doch Schulpolitik ist Ländersache - und die machen ausgiebig von ihrer Freiheit Gebrauch. 16 Länder, 16 Schulsysteme: ein interaktiver Überblick von FAZ.NET. *Von Heike Schmoll* >



Nach dem Volksentscheid

Schavan begrüßt Scheitern der Schulreform

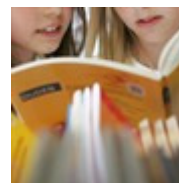


Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat die Ablehnung der Schulreform als „gute Nachricht für das Gymnasium“ bezeichnet. In Hamburg sei fälschlicherweise der Eindruck erweckt worden, das Gymnasium sei Schuld an den Schwachstellen im Bildungssystem. >

Nordrhein-Westfalen

Von oben wird die Reform von unten geplant

In Nordrhein-Westfalen wähnt sich die gerade gebildete rot-grüne Minderheitsregierung, die wie in Hamburg längeres gemeinsames Lernen durchsetzen will, durch den Ausgang des Volksentscheids eher bestätigt denn zurückgeworfen. Ähnlich sieht man das auch in Thüringen und im Saarland. *Von Reiner Burger, Düsseldorf* >



Thüringen

Keine Hamburger Verhältnisse



Darin sind sich alle einig: Weder hessische noch Hamburger Verhältnisse streben die Thüringer für ihre Schulpolitik an. Darüber hinaus hat der Volksentscheids gegen die Primarschule in der Hansestadt nur unterschiedliche Eindrücke innerhalb der Parteien hinterlassen. *Von Claus Peter Müller, Erfurt* >

Rot-Grün setzt auf die Gemeinschaftsschule

Ein schulpolitisches Déjà-vu

Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann verfolgen mit ihrer „Schule der Zukunft“ ein ambitioniertes Projekt, das Erinnerungen an ein Trauma für die Sozialdemokraten weckt. Ohne parlamentarische Mehrheit planen sie in Nordrhein-Westfalen eine bildungspolitische Reformmission: die Gemeinschaftsschule. *Von Reiner Burger, Düsseldorf* >



Schulpolitik

Föderalismusmüde Eltern



Trotz ihrer Lippenbekenntnisse zur gemeinsamen Verantwortung für die Schul- und Bildungspolitik agieren alle Bundesländer weiter so, wie sie es gerade für richtig halten. Wollen sie den Föderalismus retten, werden sie für mehr Vergleichbarkeit sorgen müssen. *Von Heike Schmoll* >

Hamburg

Schulreformgegner gewinnen Volksentscheid



Schwere Schlappe für Schwarz-Grün in Hamburg: Unerwartet deutlich verlor Deutschlands erstes schwarz-grünes Regierungsbündnis auf Landesebene den Volksentscheid über die Primarschule. Schulreformgegner Scheuerl hat mit seinem Sieg das gesamte Parlament düpiert. >



Streit um Schulreform

Früher gemeinsam lernen



In der Hamburger Reformdebatte wie auch im wieder rot-grünen Nordrhein-Westfalen wird immer vom längeren gemeinsamen Lernen gesprochen. Dabei liegt die Lösung woanders: Es geht nicht um gemeinsames, sondern um ein früheres Lernen. *Von Christine Brinck* >

Allensbach-Umfrage

Deutsche wollen einheitlichere Bildungspolitik

Mehr als 60 Prozent der Deutschen sprechen sich für eine zentrale Regelung der Schul- und Bildungspolitik unter Verantwortung der Bundesregierung aus. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie hervor. *Von Heike Schmoll* >



Studie

Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze



Wie in den vergangenen Jahren hat der Süden Deutschlands in einer Vergleichsstudie abermals besser abgeschnitten als der Norden. Neben dem Süd-Nord-Gefälle stellten die Bildungsforscher im Vergleich der Bildungsstandards der Länder auch ein West-Ost-Gefälle fest. >

Verkürzte Gymnasialzeit

G8 und kein Ende

Die Kritik an der verkürzten Gymnasialzeit reißt nicht ab. Fachleute fordern, besser in der Oberstufe als in der Mittelstufe zu kürzen. Außerdem sorgen sie sich um die Mathematikkenntnisse der G8-Schüler.

Von Lisa Becker >



Max, 17 Jahre, Gelehrtenschule des Johanneums

Die Qualität leidet



Jeder Schüler lernt anders. Aus diesem Grund sollte man früh entscheiden, welche schulische Laufbahn Kinder einschlagen. Denn je homogener die Klasse, desto besser die Lernleistung. Die Qualität wird in der Primarschule leiden. >

Bildung

Abitur ist nicht gleich Abitur

Deutliche Bewertungsunterschiede zwischen den Ländern ziehen die Aussagefähigkeit der Abiturnoten für die Zulassung zum Studium in Zweifel. In einem Vergleichstest lagen Abiturienten in Hamburg weit hinter denen aus Baden-Württemberg.

Von Ulrich Trautwein und Marko Neumann >



Nordrhein-Westfalen

Schulwahlkampf



In Nordrhein-Westfalen wird über die Zukunft von Gymnasien, Haupt- und Realschulen gestritten. Es ist das zentrale landespolitische Wahlkampfthema. Die Parteien versuchen, daraus einen Lagerwahlkampf



zu inszenieren. [▶](#)

Schulpolitik

Vorgezogener Wahlkampf um das Hamburger Schulsystem

Beim Volksentscheid über eine Reform des Schulwesens in Hamburg geht es nicht nur um die Entscheidung, wie Kinder und Jugendliche zukünftig ausgebildet werden sollen. Es geht auch um die Stabilität der schwarz-grünen Koalition. *Von Frank Pergande* [▶](#)



F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2010
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.